

**AUF DEN PUNKT
GEBRACHT.**

6. April 2020
6.2020

Die Krisenpolitik der Bundesregierung hat eine Schiefelage: Von Zuschlägen für Beschäftigte in systemrelevanten Berufen ist viel geredet worden, geschehen ist nichts. Aufschläge für Hartz-IV-Beziehende gibt es nicht, obwohl Lebensmitteltafeln, Kita- und Schulspeisung wegfallen. Finanzminister Scholz (SPD) will die Abschaffung des Solidaritätszuschlags auf den 1. Juni vorziehen. Das entlastet vor allem die oberen 15 Prozent der Einkommen, für niedrige Einkommen wird er nicht erhoben. Für Unternehmen stellt die Regierung 750 Milliarden Euro bereit. Sie haftet gegenüber Banken für Unternehmenskredite. 725 000 Betriebe haben Kurzarbeit angemeldet (Stand 13. April 2020). Die Arbeitsagentur erstattet Unternehmen vollständig die Sozialversicherungsbeiträge bei Kurzarbeit – trotzdem weigern sich die meisten, das Kurzarbeitergeld auf 90 Prozent aufzustocken. Sogar von »Verstaatlichung« ist die Rede – gemeint ist eine Vergesellschaftung der Kosten. Wenn die Unternehmen wieder Gewinne machen (können), sollen sie wieder privatisiert werden.

Krisenzeiten sind Schnäppchenzeiten für die Kapitaleseite. Sie fordern jetzt erfolgreich, was sie jahrelang nicht durchsetzen konnten: Das Verbot der Sonntagsarbeit in Supermärkten wurde ausgesetzt – der Dank an Kassiererinnen muss wohl reichen. Die in Arbeitszeitgesetz und Tarifverträgen festgeschriebene Höchstarbeitszeiten kann die Regierung befristet außer Kraft setzen. Landwirtschaftsministerin Klöckner (CDU) hatte vorgeschlagen, Asylbewerber, Erwerbslose, Studierende oder Kurzarbeiter*innen für den Ernte-Einsatz zu verpflichten oder »zu gewinnen«. Für Saisonarbeitskräfte brauchen Landwirte jetzt fünf Monate lang keine Sozialversicherungsbeiträge zahlen – die Beschäftigten erwerben keine Ansprüche auf Rente und Arbeitslosengeld. Auch im Pflegebereich werden die geltenden Personaluntergrenzen ausgesetzt – und Beschäftigte

Ein Rettungsschirm für die Menschen!

Wie Unternehmen die Krise nutzen wollen.

und Patient*innen so in Gefahr gebracht. Der Verband der Autoindustrie läuft Sturm gegen die Umweltauflagen und behauptet, wegen der Krise könne kein Autokonzern die Emissionsgrenzwerte einhalten.

Die staatlichen Hilfen für Unternehmen sind an keine »Bedürfnisprüfung« – anders als es für Harzt IV Beziehende. Die 100 führenden deutschen Konzerne zahlen in diesen Tagen den Eigentümern 44 Mrd. Euro an Dividenden aus. Dieses Geld muss genutzt werden, um die sozialen Folgen der Krise abzufedern. Die Immobilienkonzerne wollen 1,6 Mrd. Euro ausschütten. Statt daraus Mieten zu senken und Mietschulden zu stunden fordern sie einen »Sicher-Wohnen-Fonds« aus Steuergeldern, der die Mieteinnahmen sichern soll.

Jetzt werden die Weichen gestellt für eine gerechte Finanzierung der Krisenlasten. Die Kredite und Schulden, die der Bund jetzt aufnimmt – zu Recht – werden nach der Krise als Kürzungen im Haushalt zurückkommen.

DIE LINKE fordert:

- Verbot der Ausschüttung von Dividenden und Management-Boni in der Corona-Krise.
- Kurzarbeitergeld auf 90 Prozent aufstocken, dafür Unternehmensgewinne nutzen.
- Staatliche Hilfen müssen an soziale, arbeitsrechtliche und ökologische Kriterien gebunden sein. Keine Finanzierung von Lohndumping und prekären Arbeitsverhältnissen! Keine Kündigungen in Unternehmen, die öffentliche Hilfen erhalten.
- Keine Reprivatisierung (teil-)verstaatlichter Unternehmen. Wenn die öffentliche Hand die Verluste trägt, bekommt sie auch Anteile an zukünftigen Gewinnen.
- Öffentliche Eigentumsanteile an Unternehmen müssen zu öffentlicher Mitsprache führen.
- Schutzausrüstung und Gefahrenzulage von 500 Euro für Pflegekräfte, Ernte-

helfer*innen, Beschäftigte in Einzelhandel und Logistik.

- Keine Aufhebung von Arbeitsschutzstandards! Arbeitskräftebedarf durch anständige Tariflöhne sichern.
- Gerecht aus der Krise: Vermögensabgabe für das reichste 1 Prozent der Bevölkerung. Keine Steuererleichterung für die Superreichen.
- Einstieg in den Umstieg: Die öffentlichen Hilfen müssen das Öffentliche stärken, einen Beitrag zum sozial-ökologischen Umbau der Wirtschaft und zur Regulierung des Arbeitsmarkts leisten.

Ich möchte weitere Informationen

- Bitte schickt mir weitere Informationen zum Thema.
- Ich will Mitglied der LINKEN werden!

Name, Vorname

Straße, Hausnummer

PLZ, Ort

Telefon

E-Mail

Die Angaben werden von der Partei DIE LINKE in ihrer Bundesgeschäftsstelle und den Gliederungen entsprechend den Bestimmungen der EU-Datenschutzgrundverordnung zum Zwecke des Nachweises der Mitgliedschaftsvoraussetzung, der Nachweisführung gemäß Parteiengesetz, der statistischen Auswertung und innerparteilichen Kommunikation verarbeitet. Weitere Hinweise zur Datenverarbeitung und Ihren Rechten unter www.die-linke.de/datenschutz

DIE LINKE Bundesgeschäftsstelle
Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin
Mehr Informationen unter:
www.die-linke.de, kontakt@die-linke.de

DIE LINKE.